



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verfassungsfeindlicher Propaganda in den Schulen konsequent entgegentreten

Antrag Fraktionen DIE LINKE - **Drs. 7/4288**

Der Landtag wolle beschließen:

Stärkung von Demokratie und Verfassung in den Schulen fördern

1. Der Landtag stellt fest, dass der in § 1 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) verankerte Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule unvereinbar ist mit verfassungsfeindlicher Propaganda und Verleumdung einschließlich des damit in Verbindung stehenden Zeigens oder Verwendens verfassungsfeindlicher Symbolik. Sachverhalte mit strafrechtlicher Relevanz sind entsprechend zu ahnden.
2. Die Landesregierung wird gebeten, Instrumente und einen Handlungsleitfaden für Schulen zu erarbeiten. Darin soll aufgezeigt werden, wie im schulischen und außerunterrichtlichen Bereich alle Möglichkeiten an den Schulen genutzt werden können, um die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Werte, Normen und Regeln zu vermitteln und demokratisches Engagement zu entwickeln und zu fördern. Zur Durchsetzung des Erziehungs- und Bildungsauftrages sind im Sinne von § 44 Abs. 1 SchulG LSA alle geeigneten pädagogischen Maßnahmen zu ergreifen.
3. Der Landtag würdigt die Arbeit der Lehrkräfte, die einen wichtigen Baustein zur Entwicklung von mündigen Bürgern und Bürgerinnen in unserer Demokratie beitragen.
4. Das Bildungsministerium wird gebeten, zur Unterstützung der Lehrkräfte ein entsprechendes Weiterbildungsangebot, ggf. mit weiteren Partnern, u. a. Stiftung Gedenkstätten, Landeszentrale für politische Bildung, Ansprechpartnern für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus, zu entwickeln und anzubieten. Dabei soll ein Angebot entstehen, welches das Erkennen, die Prä-

(Ausgegeben am 19.06.2019)

vention und den Umgang mit verfassungsfeindlichen Symbolen und Handlungen für Lehrkräfte aufarbeitet und pädagogisch angemessenes sowie rechtskonformes Handeln ermöglicht.

5. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass das Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ eine große Bedeutung für die Demokratiebildung in Schulen hat. In den vergangenen Jahren hat sich das Schulnetzwerk mit einer steigenden Tendenz auf heute landesweit 140 Schulen kontinuierlich weiterentwickelt.

Begründung

Die Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reagieren mit dem Antrag auf die öffentliche Diskussion über das Zeigen des Hitlergrußes an einer Schule in Halle an der Saale und weisen gleichzeitig auf die Zuständigkeit der Gerichte in Bezug auf die strafrechtliche Bewertung des Falls hin. Mit diesem Antrag möchten die Koalitionsfraktionen das bisherige Engagement von Schulen zur Demokratiebildung würdigen. Dabei hält die Regierungskoalition den eingeschlagenen Weg der frühzeitigen Prävention in schulischen und außerschulischen Projekten im Sinne des Koalitionsvertrages für wichtig und richtig.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN